

## Rede zur Einbringung des Haushaltes 2014 am 7.3.2014

Sehr verehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste,

Die gute Botschaft zuerst – der Stadt Fürstenwalde/ Spree stehen verglichen mit dem Vorjahr 3,7 Mio. € mehr zur Verfügung! 51,4 Mio. € Erträge verzeichnet der Ergebnisplan aus laufender Verwaltungstätigkeit. Bei dieser Betrachtung habe ich den Anteil der investiven Schlüsselzuweisungen in Höhe von fast 1,18 Mio. € der 2013 zur Verstärkung des Ergebnisplans eingesetzt wurde, in Abzug gebracht. Lässt man diesen Anteil außer Acht stehen uns 2014: 2,53 Mio. € mehr im Ergebnisplan zur Verfügung.

Wir sind in diesem Jahr auf dem Wellenkamm des mehrjährigen Schweinezykluses von hohen Schlüsselzuweisungen (+2,36 Mio. €), höherem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer + 800 T€ gleich bleibender Gewerbesteuer und um rd. 400 T€ verminderter Kreisumlage. Spätestens 2016 werden sich die Vorzeichen wieder umkehren.

Nun die schlechte Botschaft! Auch dieser Zuwachs reichte nicht aus, um alle Wünsche der Fachgruppen zu erfüllen. Es mussten wiederum einige wichtige Reparatur- Beschaffungs- und Unterhaltungsmaßnahmen in die Folgejahre verschoben werden. Um 2,6 Mio. € soll das Budget für Sach- und Dienstleistungen steigen: Die Feuerwehr: + 243 T€, Straßenunterhaltung: + 301 T€, neu im Haushalt 263 T€ Aufwendungen für das HHKW, welches die Stadt nun selbst betreibt. Die Inbetriebnahme des Wohnheims/ Jugendgästehauses verursacht +222 T€ ein höherer Eigenkapitalzuschuss für das Schwapp 599 T€, der den Ergebnisplan durch die sofortige vollständige Abschreibung belastet, Straßenreinigung + 75 T€, da in den vergangenen Jahren Überschüsse erzielt wurden, die nach KAG an die Gebührenzahler zurück zu erstatten sind. Die Personalkosten erhöhen sich um 513 T€ 3 zusätzliche Stellen im Kita-Bereich, der Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement, eine Stelle in der Stadtkasse sowie die 3 Erzieherstellen im Wohnheim und eine prognostizierte Gehaltssteigerung von 2% sind die Gründe für die

Erhöhung. Abgezogen sind ab August die Hausmeister- und Schulsachbearbeiterstellen in den Oberschulen.

Die Abgabe der Oberschulen an den LOS bedingt gemäß § 107 (1) Brandenburgisches Schulgesetz zweckgebunden und entschädigungslos die Überlassung der von den Oberschulen genutzten Gebäude. Das verursacht im Ergebnishaushalt eine einmalige buchmäßige außerordentliche Belastung. Diese beträgt saldiert rd. 3,2 Mio. € Dadurch verschlechtert sich das Gesamtergebnis des Ergebnishaushaltes auf minus 2,5 Mio. € Für die kommunalaufsichtliche Bewertung des Haushaltes zählt jedoch das ordentliche Ergebnis. Das verbessert sich gegenüber dem Vorjahr um 838 T€ auf +760,8 T€

Wie eingangs geschildert, können wir nicht in jedem Jahr mit derartigen Erträgen rechnen. Deshalb dürfen und werden wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, Reserven im Haushalt aufzuspüren, Verwaltung effizienter zu organisieren, unnötige Ausgaben zu vermeiden. Unnötige Ausgaben vermeiden, niemand wird dagegen sein wenn wir dieses tun. Und trotzdem schaffen wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt es nicht. Und auch sie verehrte Abgeordnete schaffen es nicht allein. Wir brauchen für dieses Vorhaben jede Bürgerin, jeden Bürger, egal ob wahlberechtigt oder nicht, wir brauchen die Einpendler, die Gäste! Wir brauchen einen jeden, um zu verhindern, dass zukünftig weiterhin die öffentliche Hand in der Stadt fast sechsstelligen Summen ausgeben muss, um Vandalismus, Diebstahl, unsachgemäßen Umgang mit öffentlichem Vermögen, um Vermüllung, Besprühung, Beklebung oder Zerstörung auf Straßen, Plätzen, Parkanlagen, Spielplätzen, an Bushaltestellen, Abstellplätzen, Denk- und Mahnmälern, im Wald, in öffentlichen Gebäuden, Schulen, Sporthallen zu beseitigen.

Vielleicht bin auch ich schon zu alt, um einzusehen, dass dieses unabänderlich, das dieses der Zeitgeist ist. Nicht, dass vor 50 Jahren keine Dummheiten gemacht wurden oder vor 150 Jahren, wenn man nur an Wilhelm Busch's Max und Moritz denkt, aber der Anstieg, das Ausmaß, die Ignoranz, sind das Beängstigende.

Nahezu bei jeder Aktion, jeder Investition, ob es das Aufstellen einer Parkbank ist, das Herrichten eines als Maßnahme des

Bürgerhaushaltes gewünschten Beachvolleyballplatzes, der Gestaltung der Außenanlagen des Wohnheimes, Bepflanzung von Rabatten im Parks und auf Grünflächen, immer stellt sich uns sofort die Frage: Wird das nicht schon morgen zerstört geklaut oder beschmiert sein? Da werden Halteseile einer Seilbrücke auf dem Spielplatz mit einer Flex durchtrennt, ein Schaukeltau aufgeschnitten und zerfleddert, die Kupferleitungen aus der Obdachlosenunterkunft entwendet, Flaschen in die Rasenflächen gerammt, die dann das Schneidwerkzeug des Rasenmähers unbrauchbar machen. Papierkörbe, Bänke, Scheiben in Buswartehäuschen zertrümmert. 29 t Müll aus wilden Müllablagerungen hat das Ordnungsamt neben der normalen Straßenreinigung und Papierkorbbentleerung 2013 entsorgen lassen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Städtischen Betriebshofes, der Format gGmbH, der Samariteranstalten könnten endlos Ekelbeschreibungen aller Couleur zum Besten geben, wenn sie darüber berichten, was frühmorgens auf dem Goetheplatz, dem Seilerplatz, am Spreeufer und anderswo vorfinden. Das Thema Hundekot auf Spielplätzen und öffentlichen Rasenflächen ist nicht in erster Linie ein fiskalischer Faktor sondern kann Gesundheit gefährden und beeinträchtigt zumindest die Nutzungsmöglichkeit der Anlagen für Nichthundebesitzer. Frau Bauer allein oder auch die Spieko sind überfordert damit. Verehrte Abgeordnete, liebe Bürgerinnen und Bürger, lassen sie uns gemeinsam einen Pakt schließen, für einen zivilisierten Umgang mit unserem öffentlichen Gut. Wir alle würden die Nutznießer sein und gewännen finanzielle Spielräume – ohne dass irgendeiner Verzicht üben müsste!

Erstmalig wurde für diesen Haushalt im letzten Jahr eine Bürgerbeteiligung zur Haushaltsaufstellung durchgeführt, der Bürgerhaushalt. Drei der auf einen Spitzenplatz gewählten Vorhaben sind haushaltsmäßig untersetzt und können realisiert werden:

1. Die Radwegeverbindung zwischen Lindenstraße und Fürstenwalde- Süd
2. Eine Toilettenanlage am Trebuser See während der Saison
3. Ein Beachvolleyball/ Bolzplatz auf den Spreewiesen

Für den Spitzenreiter des Auswahlverfahrens, dem Wasserstützpunkt suchen wir nach Finanzierungsquellen in der neuen sechsjährigen Förderperiode, die 2015 beginnt.

Ab 1. April beginnt das Verfahren für den Haushalt 2015. Die Regeln werden dieselben sein. Bis zum 30.6. können sie Vorschläge für den Bürgerhaushalt 2015 per Formular, welche Sie im Bürgerbüro, in der Bibliothek oder im Internet bekommen können, einreichen.

#### Investitionen im Haushalt 2014

Das volumenmäßig größte Vorhaben ist in diesem Jahr die Fertigstellung des Wohnheims/ Jugendgästehauses für das OSZ Palmnicken zum Schuljahresbeginn 2014/15. Die anerkannten und damit auch anteilig mit 75 % geförderten Baukosten betragen: 5.261.928,18 €, das sind rd. 350 T€ mehr als im HH 2013 geplant. Beim Abtragen des ursprünglichen Daches stieß man auf eine Decke von 40 cm Vollbeton: verursachte 64,4 T€ zusätzliche Kosten; Korrosionsschutzmaßnahmen an Bewehrung infolge 10 jährigen Wassereindringens: 43,4 T€, dadurch zusätzliche Putzarbeiten: 34,3 T€, Vollverdüblung der Wärmedämmung, da die Fassade nicht tragfähig war: +21,8 T€, Ausgleich der auf der Rohdecken nachdem der alte Estrich entfernt wurde: 65,6 T€, um hier nur die größten Posten zu nennen. Der städtische Haushalt wird dadurch nicht zusätzlich belastet.

Anders sieht es beim Umbau der Sonnengrundschule zur Inklusionsschule aus: Die Baukosten steigen auf 1,5 Mio. €. Der Eigenmittelanteil erhöht sich um T€ auf 495,7 T€. Insgesamt sind 6,686 Mio. € für Investitionen geplant. Die geplanten Einzahlungen betragen 4,537 Mio. €. Die Lücke von rd. 2 Mio. € sind die geplanten Baukosten für die Horterweiterung am Heuweg. Die Stadt hat für dieses Vorhaben einen Antrag auf Zuweisung aus dem Ausgleichsstock des Landes Brandenburg gestellt. Funktioniert das nicht, bliebe nur die Fremdfinanzierung, für die bislang seitens der Kommunalaufsicht keine Aussicht auf Genehmigung besteht, weil sie die Verschuldung der Stadt weiter erhöhen würde.

## Stichwort Verschuldung der Stadt:

Die Schuldenlast der Stadt ist ein Problem, oder optimistisch formuliert, eine besondere Herausforderung. Daraus habe ich bei jedem in die SVV eingebrachten Haushalt hingewiesen. Und ich werde auch in diesem Jahr wieder darauf hinweisen, dass wir uns als Stadt nicht alles leisten können, was andere Kommunen ihren Bürgern ermöglichen, weil wir diesem Jahr 2,8 Mio. € für Tilgung und 2,6 Mio. € für Zins aufbringen müssen. Aber mit so plumpen Forderungen, einfach nur die Schulden reduzieren ist es nicht getan. Für die Kredite mit den Banken gibt es Verträge, und diese sind durch eine Ausschreibung von Zins- und Tilgungskonditionen zustande gekommen. Über 11,3 Mio. € wurden in den letzten 4 Jahren getilgt, 10,1 Mio. € an neuen Krediten sind hinzugekommen. Sie betreffen das NCC Bürogebäude und das OSZ Wohnheim. Beide Kredite werden durch die Nutzer refinanziert, belasten den städtischen Haushalt nicht. Die Refinanzierungsquote ist von 2010 zu 2014 von 4,4 auf 15,3 % gestiegen.

2010:	Investitionskredite: 58,125 Mio. € Für Zins und Tilgung wurden 5.316.300 € aufgewandt Refinanziert 235.000 € gleich 4,4 %
2014:	Investitionskredite: 56,923 Mio. € Zins und Tilgung: 5.559.600 € Refinanziert: 738.700 € gleich 15,3 %

Wie kann man den sehr angespannten Haushalt einer Stadt von rd. 31 T Einwohnern entlasten ohne Leistungen einschränken zu wollen? U. a. dadurch, dass man keine Aufgaben mehr durchführt oder bezahlt wenn andere dafür vom Gesetz her verantwortlich sind und dafür auch die Finanzierung haben:

1. Die Oberschulen belasten uns ab dem Schuljahr 2014/15 nicht mehr direkt sondern anteilig über die Kreisumlage werden alle Kommunen solidarisch zur Finanzierung herangezogen. Wir mit rd. 19 %.
2. Der städtische Zuschuss zum Busverkehr in der Stadt.  
§ 3 (3) des ÖPNV Gesetzes des Landes Brandenburg lautet:

**(3) Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen öffentlichen Personennahverkehr einschließlich des Ausbildungsverkehrs ist freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte.**

Damit ist klar, den Öffentlichen Nahverkehr im Kreis einschließlich dem in der Stadt finanziert in Zukunft nur noch der LOS. Der städtische Zuschuss wird zurückgefahren und ist ab 2015 bei 0 €

Und aus diesem Grund wird kein Bus weniger in der Stadt fahren.

Bleibt 3. unser jährlicher Aufwand für unsere freiwillige Feuerwehr mit hauptamtlichen Kräften. Zuschuss in diesem Jahr 2,35 Mio.€ Steigerung zum Vorjahr 240 T€ Nach Gesetz ist es eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung. In der Realität ein universeller Dienstleister für alle Lebenslagen in der Stadt, in den Nachbarorten auf Kreis-, Landes-, Bundesstraßen und Autobahnen. Die Leistung wird z. T. vergütet, wir kalkulieren in diesem Jahr mit 97.800€(4,2%). Aber das ist ein Bruchteil von dem was nicht vergütet wird. Die Vorhaltung ist das Teure: 2,35 Mio.€ Und das muss sich die Finanzierung ändern, lieber Landesgesetzgeber!

Als Vorletztes noch einige Technische Hinweise und Korrekturen:

1. Es fehlt in den übergebenen Unterlagen die Übersicht über die Forderungen/Verbindlichkeiten der Stadt. Diese wird an Hand des vorläufigen Jahresabschlusses 2013 noch aktualisiert und wird ihnen bis zur Beschlussfassung vorliegen.
2. Die vom Städtischen Betriebshof erbrachten Leistungen wurden bisher unter einem eigens für den Eigenbetrieb angelegten Konto zusammengefasst. Dieses Konto wurde zum 31.12.2013 aufgelöst. Die Mittelanmeldungen erfolgen ab 2014 in den entsprechenden Unterkonten. Beim Vergleichen einzelner Sachkonten in den Produkten/Kostenträgern der Jahre 2013 und 2014 ist dies zu beachten.
3. S.16 in der 2. Zeile des Vorberichtes stehen zwei falsche Zahlen. Die Differenz der Aufwendungen zwischen 2013 und 14 beträgt

nicht 3,8 Mio. € sondern 1,9585 Mio. € Wir bitten um Entschuldigung. In der Papierversion wurde die Seite ausgetauscht. Als PDF wird sie morgen neuversandt und ins Netz gestellt.

Sehr geehrte Gäste, verehrte Stadtverordnete, die Beratungen und Entscheidungen über den letzten Haushaltsplan dieser Legislaturperiode stehen nun an. Am 25.5. wird neben dem Europäischen Parlament, dem Kreistag auch eine neue Stadtverordnetenversammlung gewählt. Auch junge Fürstenwalderinnen und Fürstenwalder bewerben sich um ein Mandat. Und das ist gut so, wir brauchen möglichst viele, die um der Stadt Bestes ringen. Sie haben wie man lesen konnte in der Ferne Ihre Ausbildung absolviert, ihr Glück gesucht, Erfahrungen gesammelt und sind dann früher oder später zu der Erkenntnis gekommen: Der beste Ort zum Leben in dieser Welt ist doch für sie:

Fürstenwalde.

Dieses Fürstenwalde, welches sie verehrte Abgeordnete in den letzten fast 6 Jahren, aber auch Ihre Vorgänger seit 1990 maßgeblich mitgestaltet haben. Der beste Ort zum Leben! Kann es für einen Abgeordneten aber auch für die Verwaltung schöneres Kompliment geben?

Dabei will ich gern hinzufügen, dass nicht alle Entscheidungen in der Vergangenheit optimal waren. Aber das wird wohl auch für die Zukunft gelten: Im Nachhinein ist man immer klüger. Nur wer nichts macht, macht keine Fehler.

Wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen etwas machen. Bis zum 10. April stehen wir Ihnen in den Ausschüssen, Fraktionen oder in Individualkonsultationen für Rückfragen, Erläuterungen und Auskünfte zur Verfügung. Machen Sie davon Gebrauch!

Zum Abschluss möchte ich allen danken, die am Zustandekommen dieses Werkes Anteil hatten.

Und Ihnen recht herzlich danken, für Ihr Gehör und Ihre Geduld.